

ihnen auf der Straße dieses Symbol von der Kleidung zu reißen.

In unseren Diskussionen wird häufig kritisiert, daß der Sozialismus keine seiner Gesellschaftsauffassung adäquaten Mittel und Methoden der Herrschaftssicherung, der Geheimdienstarbeit entwickelt und angewandt hat. Das gehört auch zu den Punkten, die zumindest ein kritisches Nachdenken erfordern. Den ersteren Gedanken – zur Herrschaftssicherung – kann ich unterstützen. Bei der Verknüpfung von Sicherung der sozialistischen Gesellschaft mit dem Einsatz von dieser Ordnung adäquaten geheimdienstlichen Mitteln und Methoden habe ich zunehmend Zweifel, ob eine solche Forderung überhaupt realistisch gewesen wäre und heute noch ist.

Wenn wir berechtigt sagen, daß eines der Grunddefizite des Realsozialismus das Auseinanderklaffen von Sozialismus und Demokratie war, dann kann ich den Sozialismus nicht mit Mitteln schützen, die prinzipiell demokratiefeindlich, zumindest deformierend auf demokratische Verhältnisse wirken – in allen Gesellschaftsordnungen, auch in unserer heutigen. Deshalb finde ich noch keine Antwort darauf, ob wir bessere, »sozialistische« geheime Mittel und Methoden hätten finden müssen oder ob es überhaupt richtig ist, eine sozialistisch orientierte Staats- und Gesellschaftsordnung mit einem Geheimdienst zu schützen.

Ich neige dazu zu sagen, daß das schon in den Wurzeln ein unlösbarer Widerspruch ist (nach meiner Überzeugung auch in der heutigen Gesellschaft eine akute Bedrohung von Demokratie und verfassungsmäßiger Ordnung darstellt). Aber es wird auch immer

wieder Situationen geben, in denen sich diese Ordnung gegen existenzgefährdende Angriffe schützen muß. Braucht sie dazu auch ein System, das ihr sozusagen »vorbeugend« mögliche Angriffe signalisiert?

Die aktuellen Erscheinungen der Erweiterung nachrichtendienstlicher Befugnisse (z.B. für den BND) und ihrer extensiven Übertragung auch auf die Polizei – unter dem Vorwand der Bekämpfung einer »organisierten Kriminalität« – beweisen mir, wie schnell Willkür in diesen Bereich einziehen kann. Ich gewinne auch immer mehr die Überzeugung, daß unser berechtigtes Anliegen im MfS, durch unsere Arbeit vorbeugend Staatsverbrechen gegen die DDR zu verhindern, besonders in den 80er Jahren partiell, aber zunehmend zum politischen Mißbrauch geführt hat.

Wenn wir im früheren MfS zumindest ein wenig in dieser Richtung nachgedacht und diskutiert und wenn möglich sogar entsprechende Konzepte entwickelt hätten, dann könnte ich heute etwas freier atmen und hätte zumindest einen Punkt, bei dem ich nicht so sehr einen roten Kopf bekommen müßte. Also, Kurt Zeisewis und viele andere Mitstreiter - früher und heute -, laßt uns bei aller berechtigten Verteidigung von Handlungen und Verhaltensweisen, diese andere Seite unserer politischen Verantwortung – das kritische Nachdenken und auch das daraus resultierende »Betroffensein«, für mich persönlich in einigen Punkten auch ganz nachdrücklich mit Scham verbunden, nicht vergessen. Ich sehe eine Menge Gründe, vieles für mich früher Selbstverständliche in Frage zu stellen, abzulehnen und gründliche Lehren zu ziehen – aber mit dem Kopf auf den Schultern, trotz und wegen meiner 33 Jahre im MfS.